

Beschluss Änderung der Wahlordnung zur Ermöglichung digitaler Wahlen

Gremium: Vorstand
Beschlussdatum: 09.12.2025
Tagesordnungspunkt: 10. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen, dass in §1 Abs. 1 Satz 1 der
- 2 Wahlordnung des KV Leipzig aus den Wahlgrundsätzen "mit Stimmzetteln" entfernt
- 3 wird.
- 4 Absatz 1 Satz 1 NEU:
- 5 § 1 Wahlgrundsätze
- 6 (1) Personenwahlen und schriftliche Abstimmungen sind im Regelfall geheim
- 7 durchzuführen.
- 8 Des Weiteren soll zur einheitlichen Auslegung der Wahlordnung auch für
- 9 Kreisvorstands- und Delegiertenwahlen der Zusatz "aus den abgegebenen
- 10 Stimmzetteln" entfernt werden.
- 11 Die Mitgliederversammlung möge daher beschließen auch in §2 Abs. 6 S.1 und §3
- 12 Abs. 3 S. 3 der Wahlordnung jeweils „aus den abgegeben Stimmzetteln“ zu
- 13 streichen.

Begründung

Die vom KV-Vorstand am 26.11.25. beschlossene Änderungsantrag an die Wahlordnung ermöglicht digitale Wahlen auf dieser und kommenden Mitgliederversammlungen. Gemäß dem Prozess der vergangenen Monate haben wir in enger Abstimmung mit Bundes- und Landesverband gemeinsam mit euch entschieden, digitale Wahlen im Kreisverband Leipzig durchzuführen. Auf unserer Leipziger Mitgliederversammlung am 11.12.25 werden wir vor diesem Hintergrund gemeinsam das neue Abstimmungs-Tool des Bundesverbands "OpenSlides" testen.

Um hierfür Rechtsicherheit zu haben, bedarf es vorab einer kleinen Änderung unserer Wahlordnung, die bisher explizit Wahlen und geheime Abstimmungen per Stimmzettel vorsieht. Gemäß der vorgeschlagenen Wahlordnungsänderung bleiben Wahlen per Stimmzettel auch in Zukunft weiterhin möglich, sind jedoch nicht mehr verpflichtender Wahlgrundsatz. Damit können wir am 11.12. gemeinsam digitale Wahlen erproben und bei erfolgreicher Erprobung auch in Zukunft anwenden.

Zusätzlich sind intern die Vorbereitungen so getroffen, dass wir bei technischen Problemen jederzeit auf Stimmzettel und manuelle Auszählung ausweichen können und so einen reibungslosen Ablauf der Versammlung sicherstellen. Die Wahlordnungsänderung lässt dies weiterhin zu. Außerdem bleibt hiervon unberührt die Öffentlichkeit der Wahl gewährleistet - die Wahlkommission arbeitet auch bei digitalen Wahlen öffentlich und das Open-Slides-Tool ist für alle nachvollziehbar als Open Source zugänglich.

Wir bitten euch als Leipziger KV-Vorstand um eure Zustimmung zur Änderung an der Wahlordnung um einen reibungslosen Ablauf der Erprobung von Open-Slides als digitales Abstimmungstool auf unserer Mitgliederversammlung zu ermöglichen. Vielen Dank!

Zusatz: Die Anpassungen der §2 Abs. 6 S.1 und §3 Abs. 3 S. 3 der Wahlordnung wurden nachträglich per Vorstandsbeschluss vom 10.12.25 eingefügt um eine einheitliche Rechtsauslegung der Wahlordnung zu vereinfachen.

Beschluss Gründung der AG Politische Kommunikation

Antragsteller*in: Martin Hoffmann (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: 10. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Leipzig
- 2 beschließt die Gründung der AG Politische Kommunikation.

Begründung

Politische Kommunikation entscheidet darüber, ob unsere Inhalte sichtbar, verständlich und wirksam werden – sowohl in der Leipziger Stadtgesellschaft als auch innerhalb unseres Kreisverbands. Angriffe von außen, hohe Erwartungshaltungen an uns als progressive Kraft, vielfältige Themenfelder und ein zunehmend vielschichtiges Medien- und Kommunikationsumfeld – von klassischen Medien über Social Media bis hin zur direkten Bürger:innenkommunikation – erhöhen den Bedarf an klarer, strategischer Kommunikation.

Der KV Leipzig verfügt bislang über keine übergreifende Kommunikationsstrategie. Gleichzeitig ist unsere Mitgliederbasis stark gewachsen, doch nur ein kleiner Teil ist aktiv. Eine strukturierte, transparente und strategisch ausgerichtete Kommunikation kann die interne Orientierung stärken, Beteiligung fördern und unsere Arbeit nach außen sichtbar machen.

Die AG Politische Kommunikation soll diese Lücke schließen und den KV Leipzig strategisch unterstützen. Dazu gehören insbesondere:

- Entwicklung einer Gesamtstrategie für die politische Kommunikation des KV
- Analyse und Strukturierung von Zielgruppen, Botschaften und geeigneten Medien- und Kommunikationskanälen
- Stärkung der Mitgliederkommunikation (Transparenz, Aktivierung, Beteiligung)
- Erhöhung der öffentlichen Sichtbarkeit des KV Leipzig durch klare Botschaften und konsistente Kommunikation
- Entwicklung inhaltlicher Leitlinien und Orientierungsrahmen für die Kommunikation des KV

Die AG versteht sich als strategische Ergänzung zu bestehenden operativen Strukturen in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Vorstand und der Geschäftsstelle. Sie arbeitet kontinuierlich, konzeptionell und steht allen interessierten Mitgliedern offen.

Beschluss Satzungsänderungsantrag zu den Regionalgruppen

Gremium: Vorstand
Beschlussdatum: 07.12.2025
Tagesordnungspunkt: 10. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

1 Die Mitgliederversammlung beschließt, dass

2 „§ 5 Organisationsstruktur

3 (1) Organe des Kreisverbands sind die Mitgliederversammlung und der
4 Kreisvorstand.

5 (2) Alle Mitglieder des Kreisverbands können Regionalgruppen oder thematische
6 Arbeitsgemeinschaften gründen, die die politische Arbeit des Kreisverbands
7 unterstützen.

8 Diese können auf Antrag durch den Vorstand organisatorisch unterstützt werden.

9 (3) Über Anerkennung und Auflösung von Arbeitsgemeinschaften und Regionalgruppen
10 entscheidet der Kreisvorstand. Diese Entscheidung ist schriftlich zu begründen
11 und muss auf der darauffolgenden Mitgliederversammlung durch diese bestätigt
12 werden. Voraussetzung für die Anerkennung einer Arbeitsgemeinschaft oder einer
13 Regionalgruppe ist die Benennung eines satzungskonformen mindestens zweiköpfigen
14 Koordinator*innen-Teams durch die Arbeitsgruppe, welche gleichzeitig als
15 Ansprechpartner*innen für den Kreisvorstand fungieren. Die Mitglieder des
16 Koordinator*innen-Teams müssen Mitglied der Partei B90/Die GRÜNEN sein. Gegen
17 eine ablehnende Entscheidung des Kreisvorstands können mind. 20 Mitglieder des
18 Kreisverbands Widerspruch einlegen. Über den Widerspruch entscheidet die
19 Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit. Der Kreisvorstand kann die
20 Auflösung einer Regionalgruppe oder einer Arbeitsgemeinschaft beschließen, wenn
21 deren

22 Arbeit eingestellt wurde.”

23 geändert wird in:

24 „§ 5 Organisationsstruktur

25 (1) Organe des Kreisverbands sind die Mitgliederversammlung und der
26 Kreisvorstand.

27 (2) Alle Mitglieder des Kreisverbands können thematische Arbeitsgemeinschaften
28 gründen, die die politische Arbeit des Kreisverbands unterstützen.

29 (3) Über die Gründung, Anerkennung und Auflösung von Arbeitsgemeinschaften
30 entscheidet der Kreisvorstand. Diese Entscheidung ist schriftlich zu begründen
31 und muss auf der darauffolgenden Mitgliederversammlung durch diese bestätigt
32 werden. Voraussetzung für die Anerkennung einer Arbeitsgemeinschaft ist die
33 Benennung eines satzungskonformen, mindestens zweiköpfigen Sprecher*innen-Teams
34 durch die Arbeitsgruppe, welche gleichzeitig als Ansprechpartner*innen für den
35 Kreisvorstand fungieren. Die Mitglieder des Sprecher*innen-Teams müssen Mitglied
36 des Kreisverbands Leipzig von B90/Die GRÜNEN sein. Gegen eine ablehnende
37 Entscheidung des Kreisvorstands können mind. 20 Mitglieder des Kreisverbands

38 Widerspruch einlegen. Über den Widerspruch entscheidet die Mitgliederversammlung
39 mit einfacher Mehrheit. Der Kreisvorstand kann die Auflösung einer
40 Arbeitsgemeinschaft beschließen, wenn deren Arbeit eingestellt wurde.

41 (4) Über die Gründung einer Regionalgruppe entscheidet die Mitgliederversammlung
42 des Kreisverbands auf Antrag von mind. 10% der Regionalgruppenmitglieder und
43 mindestens 5 Personen. Voraussetzung für die Anerkennung als Regionalgruppe ist
44 die Benennung eines satzungskonformen, mindestens zweiköpfigen
45 Koordinator*innen-Teams durch die Regionalgruppe, welche gleichzeitig als
46 Ansprechpartner*innen für den Kreisvorstand fungieren.

47 (5) Die Regionalgruppen orientieren sich grundsätzlich an den Stadtbezirken. Auf
48 Antrag an die Mitgliederversammlung können Regionalgruppen zusammengelegt und
49 zusammengelegte Regionalgruppen wieder getrennt werden, wenn dies aus
50 organisatorischen Gründen erforderlich ist. Jedes Mitglied des Kreisverbands
51 kann nur einer Regionalgruppe angehören. Die Zuteilung der Mitglieder in die
52 Regionalgruppen richtet sich grundsätzlich nach dem Wohnort. Eine Änderung kann
53 einmal im Kalenderjahr bei der Geschäftsstelle angezeigt werden.

54 (6) Der Kreisvorstand kann die Auflösung der Regionalgruppe beschließen, wenn
55 deren Arbeit eingestellt wurde. Dies ist dann der Fall, wenn über den Zeitraum
56 eines Jahres keine Mitgliederversammlung durchgeführt wurde. Diese Entscheidung
57 muss auf der nächsten Mitgliederversammlung des Kreisverbandes durch Beschluss
58 bestätigt werden.

59 (7) Die Mitgliederversammlung der Regionalgruppe ist beschlussfähig, wenn 5%
60 ihrer Mitglieder und mindestens 5 Personen anwesend sind. Sie beschließt eine
61 jährliche Budgetplanung, die der/dem Kreisschatzmeister*in vorgelegt wird.

62 (8) Die Regionalgruppen verfügen über ein Budget, das durch die Finanzordnung
63 festgelegt wird."

Begründung

Unser Kreisverband ist im vergangenen Jahr sehr gewachsen. Als Kreisvorstand haben wir uns deshalb in den letzten Monaten der Aufgabe gewidmet, die Strukturen unseres Kreisverbands dem Wachstum anzupassen und mehr Beteiligungsformate für unsere Mitglieder zu schaffen. Hierfür wurden als erster Schritt die niedrigschwelligen Unterstützungsteams eingeführt, die der Geschäftsstelle bei der Erledigung ihrer wachsenden Aufgaben helfen sollen.

Als zweite Struktur möchten wir nun das Konzept der Regionalgruppen, das bereits in unserer Satzung vorgesehen war, stärken und erweitern. In drei Mitgliederworkshops haben wir zusammen mit den Teilnehmenden zunächst Grundsatzfragen besprochen und dann kleinteiligere Fragen diskutiert und ein Konzept erarbeitet. An dieser Stelle möchten wir uns nochmals ganz herzlich für eure Mitarbeit bedanken!

Die Regionalgruppen sollen unseren Mitgliedern die Möglichkeit schaffen, regional („im eigenen Viertel“) wirksam zu werden und eine Vernetzung zu ermöglichen. Diese Vernetzung unterscheidet sich durch die bestehenden Stammtische dadurch, dass es den Mitgliedern über die soziale Vernetzung hinaus ermöglichen soll, lokal tätig und sichtbar zu werden, zum Beispiel auf Stadtteilstesten. Wege zu Veranstaltungen sollen für die Mitglieder kürzer sein und es soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Mitglieder ganz speziell angelehnt an die Probleme und den Charakter ihres Stadtteils Projekte planen können.

Eine Recherche zu- und Vernetzung mit anderen, ähnlich großen und größeren Kreisverbänden hat ergeben, dass eine gewisse formelle Strukturierung in der Satzung entscheidend dazu beiträgt, dass die Regionalgruppen einen Ort der Selbstwirksamkeit für die Mitglieder schaffen können und ein Raum geschaffen werden kann, in dem Mitglieder Verantwortung übernehmen und selbstständig politisch arbeiten können. Aus diesem Grund erweitert die Satzungsänderung nicht nur die Rechte (z.B. durch ein Budget) der Regionalgruppen, sondern legt ihnen auch Pflichten auf (z.B. die Veranstaltung einer Mitgliederversammlung pro Jahr).

Begründung in einfacher Sprache:

Unser Kreisverband ist im letzten Jahr viel größer geworden. Deshalb haben wir im Kreisvorstand daran gearbeitet, unsere Strukturen anzupassen. Wir wollen mehr Möglichkeiten schaffen, wie Mitglieder mitmachen können.

Dafür haben wir zuerst Unterstützungsteams gegründet. Diese Teams helfen der Geschäftsstelle bei ihrer Arbeit.

Jetzt wollen wir die Regionalgruppen stärken. Dafür müssen wir die Satzung ändern.

In drei Workshops haben wir zusammen mit Mitgliedern über wichtige Fragen gesprochen und ein gemeinsames Konzept erarbeitet. Vielen Dank an alle, die mitgemacht haben!

Regionalgruppen sollen den Mitgliedern helfen, sich direkt in ihrem Viertel zu treffen und dort aktiv zu werden. Sie sollen nicht nur zum Austausch da sein, wie die Stammtische. Regionalgruppen sollen auch Projekte vor Ort planen, zum Beispiel bei Stadtteilstesten. So sind die Wege kürzer und die Projekte passen besser zum Stadtteil.

Wir haben auch mit anderen Kreisverbänden gesprochen. Dabei haben wir gelernt: Es ist wichtig, dass Regionalgruppen bestimmte Regeln in der Satzung haben. So können die Mitglieder besser Verantwortung übernehmen und selbstständig arbeiten.

Darum gibt die neue Satzungsänderung den Regionalgruppen nicht nur mehr Rechte (z. B. ein eigenes Budget), sondern auch Pflichten (z. B. einmal im Jahr eine Mitgliederversammlung).